



Die Finanzmarktkrise ist noch nicht vorüber: Bankiers müssen sich ihrer Verantwortung stellen Landeskomitee stimmt Bundespräsident Horst Köhler zu

Das Landeskomitee der Katholiken in Bayern unterstützt den leidenschaftlichen Appell „Finanzmärkte im Dienst der Menschheit“ von Bundespräsident Horst Köhler, mit dem er bei der Eröffnung des „European Banking Congress“ am 21. November 2008 in Frankfurt am Main die Bankiers an ihre ureigenste Verantwortung erinnert hat. Besonderes Gewicht erhält die Aussage des früheren Geschäftsführenden Direktors des Internationalen Währungsfonds durch die Tatsache, dass er seine Worte in Anwesenheit von führenden Vertretern der Banken gesprochen hat.

Als Vorsitzender des Landeskomitees hatte ich im Rahmen unserer Vollversammlung am 15. November 2008 in Augsburg die Hoffnung geäußert, unser Bundespräsident möge sich zu diesem Thema einerseits in seiner Funktion als Staatsoberhaupt wie auch als Finanzfachmann äußern. Umso mehr freut es mich, dass dieser Wunsch so rasch in Erfüllung gegangen ist. Ich bin Bundespräsident Horst Köhler für seine unmissverständlichen Worte dankbar.

Völlig zu Recht mahnt der Bundespräsident eine „grundlegende Erneuerung“ der Branche an, die die Phase hinter sich lassen muss, in der sie die Schuld bei anderen sucht: Bei den Amerikanern, die vielfach auf Pump gelebt haben, bei der US-Notenbank, die mit niedrigen Zinsen Geld künstlich billig hielt oder bei den Rating-Agenturen, die Problemkredite mit Höchstnoten veredelten.

Wenn über Jahre hinweg Bankberater ihren Kunden Immobilien andrehen, die nur mit billigem Geld zu finanzieren sind und nicht annähernd einen realistischen Marktwert widerspiegeln, hat das nichts mehr mit den Tugenden eines soliden Bankiers zu tun, sondern deutet auf einen schleichenden Verlust aufrichtiger Bankberatung hin. Es wäre jedoch verfehlt, diesen Qualitätsverlust allein bei einzelnen Bankmitarbeitern feststellen zu wollen. Zu viele haben sich berauscht an kurzfristigen Renditen.

Aus diesem Grund kann ich Bundespräsident Horst Köhler nur zustimmen, wenn er fordert: „Auf den internationalen Finanzmärkten muss die staatliche Ordnungsfunktion neu definiert und durchgesetzt werden“. Eine Möglichkeit könnte die schon 1972 von James Tobin vorgeschlagene Steuer auf internationale Devisengeschäfte sein. Sie wurde zwar als Tobin-Steuer mehrfach gefordert, aber bisher nicht umgesetzt. Zumindest müsste eine internationale Aufsichtsorganisation geschaffen und dem Internationalen Währungsfonds die Wächterfunktion über die Stabilität des globalen Finanzsystems übertragen werden. Damit er diese Aufgabe wirksam erfüllen kann, bräuhete er aber mehr Unabhängigkeit und mehr Durchsetzungskraft.

Es ist nötig, in einer globalen Wirtschaft Regeln einzuführen, die von der ganzen Welt akzeptiert werden, da eine Weltwirtschaftskrise auch katastrophale Auswirkungen auf die Eine Welt haben könnte, in der dann Armut und Hunger noch viel gigantischere Ausmaße annehmen könnten als jetzt.

*München, 28. November 2008
Helmut Mangold, Vorsitzender*